Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1907

49 (27.2.1907) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 49. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 27. Februar 1907. 27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Die Auspfeifung des „christlichen Geistes".

Maßvoll und bedacht, jedes Wort diplomatisch abwägend, hatte Herr Peter Spahn, der Zentrumsführer, am letzten Montag im Reichstag gesprochen. Es liegt nicht in der Art dieses trockenen Juristen, der über etwas Weinerlichkeit als einzigen Gefühlston verfügt, seine Gegner durch scharfe Redewendungen herauszufordern und zu reizen. Und außerdem entspricht es gar nicht seiner Politik. In den Augen des Herrn Peter Spahn ist das Zentrum heute ebensowenig Oppositionspartei wie bis zum 13. Dezember 1906, vielmehr bloß sozusagen eine in zeitlichen Ruhestand versetzte Regierungspartei, die in Tugend und Geduld den nicht mehr fernen Zeitpunkt ihrer Wiederberufung abwartet. Als aber Herr Spahn seine sehr ruhige Rede mit dem altgewordenen Sprüchlein schloß von dem „christlichen Geiste", der die deutsche Politik beherrschen müsse, begab sich etwas Unerwartetes; denn der lebhafte Beifall, den die Anhänger des abgehenden Redners diesem spendeten, ward übertönt von einem heftigen Zischen und Fauchen, das von den nationalliberalen Bänken herrührte und mit seinen langgezogenen Tönen einem Pfeifen beinahe ähnlich klang. Erstaunt, mit sichtlichem Ausdruck des Befremdens, lauschte man von der Rechten her diesem gänzlich ungewohnten Konzert, und schien um so indignierter, da der Redner mit einem guten Teil seiner Rede, besonders aber mit ihrem ausgepfiffenen Schlußstück, jedem evangelischen Hofprediger von der Seele gesprochen hatte. Herr Spahn aber ist Vertreter der Opposition, während die Auspfeifer seines christlichen Geistes Regierungsmänner und Bundesgenossen der Konservativen sind. Die Herren von der Kreuzzeitung können diesen kleinen Verfall in ihrem Konto zu eigenen Gunsten buchen. Ihr Streben geht, offen ausgesprochen, dahin, eine Mehrheit im Reichstag zustande zu bringen, die aus den Rechten und den Konservativen bestehend, alle auch nur irgendwelcher „liberaler" Anwandlungen verdächtige Abgeordneten ausschließt. Zu diesem Zwecke soll der sogenannte „demagogische Flügel" des Zentrums (Erzberger, Roeren usw.) lahm gelegt und den „gemäßigten" und „national zuverlässigen" Elementen des Zentrums die Herrschaft in ihrer Fraktion verschafft werden. Daß das Zentrum Herrn Peter Spahn dem Reichstag erst als Kandidaten für den Präsidentenstuhl, dann als ersten Redner zum Etat präsentierte, läßt beinahe darauf schließen, daß das Werk zum guten Teile bereits vollendet sei; denn es ist bekannt, daß gerade Herr Spahn dem Einfluß jenes sogenannt „demagogischen" Zentrumsflügels beharrlich entgegenarbeitet und den Konflikt zwischen seiner Fraktion und der Regierung bis zum letzten Augenblick zu verhindern versucht hat. Auch die ganze Art seines Auftretens im neuen Reichstag spricht dafür, daß Herr Spahn es weit weniger darauf anlegt, mit der Sozialdemokratie die Bänke der Opposition zu drücken, als vielmehr darauf, mit den Konservativen zusammen zu Tische geladen zu werden.

Die Regierung hat also ihre zwei Mehrheiten: die eine, die, aus der Rechten, den Nationalliberalen und Freisinnigen bestehend, augenblicklich zum Dienst zugelassen ist, und eine zweite, die aus der Rechten und dem Zentrum jeden Tag gebildet werden kann. Ob Fürst Bülow jemals in die Lage kommen wird, diese zweite Mehrheit zu benutzen, ist eine nebensächliche Personenfrage; denn es gibt genug christliche Kavaliere, die bereit sind, die Bürde seines Amtes auf sich zu nehmen. Wenn dann Herr Spahn als Zeitgenosse des Hofprediger Stöcker wieder die Rednertribüne betritt, wird sich auch der Sturm und Drang der nationalliberalen Herren gelegt haben; denn diese zischen den „christlichen Geist" nur dann aus, wenn die Regierung es ihnen erlaubt; sie sind aber auch bereit, den Rosenkranz zu nehmen, wenns von oben befohlen wird.

Politische Uebersicht.

Das Ende des linksliberalen Revisionismus.

Wir haben uns darüber gewundert, daß die Naumannsche „Hilfe" die Nachricht vom bevorstehenden Ableben der Barthschen „Nation" mit eisigem Schweigen übergangen hat. Etwas Licht über dies Schweigen verbreiten folgende Worte der Münchener Neuesten Nachrichten:

Die Nation unter Barths Führung trat mit größter Energie für eine Kooperation der Linksliberalen und der Sozialdemokraten ein. Die Wahlen haben ihr Unrecht gegeben. Dr. Barth selbst hat kein Mandat bekommen, die Mehrzahl seiner politischen Freunde hat gegen die Sozialdemokratie ihre Wahlsiege erringen müssen, die Kluft zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie ist tiefer und breiter denn je. Den stärksten Eindruck soll auf Barth gemacht haben, daß auch Friedrich Naumann, der neue Reichstagsabgeordnete für Heilbronn, sich zu der Ueberzeugung bekehrt hat, daß gegenwärtig der Liberalismus ohne, ja gegen die Sozialdemokratie seine Aufgaben erfüllen, seinen Zielen nachstreben müsse, sowohl im Hinblick auf die politische Gesamtkonstellation, wie insbesondere auf den Charakter der sozialdemokratischen Partei, mit der nicht zu hausen sei. Dr. Barth verharrt dagegen auf seinem alten Standpunkt. Da er aber offenbar isoliert ist, verzichtet er auf die weitere Vertretung seiner Ideen, sistiert die Nation und geht auf einige Monate nach Nordamerika.

Durch diese Mitteilungen wird andererseits auch erklärt, weshalb Naumann und sein Blatt in und nach der letzten Wahlbewegung keineswegs so scharf gegen die liberale Selbsttäuschung von der anbrechenden „liberalen Aera" Front gemacht haben, wie es Dr. Barth getan hat: sie halten diese Selbsttäuschung, soweit sie sie nicht gar teilen, für einen feststehenden Faktor, mit dem zur Zeit gerechnet werden muß. Bülows Erfolg ist größer als der Kanzler jemals selber für möglich gehalten haben wird!

Badische Politik.

Die Frage der Gehaltstarifrevision

wird zurzeit lebhaft besprochen. Wie nun die Oberrheinische Korrespondenz hört, sollen die Aussichten der Gehaltstarifrevision sehr ungünstige sein. Obwohl sich bis jetzt ein endgiltiges Urteil nicht fällen lasse, neige man doch zu der Ansicht, daß der Effekt weit hinter den Erwartungen zurückbleiben dürfte.

Dieser Ansicht wurde schon auf dem letzten Landtag Ausdruck gegeben. Mit unserer derzeitigen Finanzpolitik lassen sich Fragen von solch weittragender finanzieller Bedeutung überhaupt nicht zufriedenstellend regeln, womit nicht gesagt sein soll, daß die Ansprüche der Beamten durchweg in „befriedigender" Weise zu erfüllen sind.

Wenn aber ein Beamter der Gehaltsklasse F in den Zeitungen darüber jammert, daß er mit 3600 Mark nicht auskomme, sondern noch 700 Mk. Defizit mache, so ist das eine Anmaßung, für die kein Wort der Kritik zu hart ist. Mit 3600 Mk. kann man zwar noch keine „großen Sprünge" machen, aber auskommen kann man damit, wenn man nicht über seine Verhältnisse hinaus lebt. Wer keine zwei Dienstmädchen halten kann, muß sich eben mit einem zu helfen suchen. Dazu ist die Allgemeinheit denn doch nicht da, um gewissen Herren der Gehaltsklasse F Ansprüche zu erfüllen, die über das hinausgehen, was ein solcher Beamter gerechterweise beanspruchen kann. Schließlich gibt es doch noch eine Menge Leute, die erheblich mehr wissen und leisten müssen, als ein Beamter der Gehaltsklasse F und die keine 3600 Mk. im Jahr verdienen.

Artikel wie der, den die Bad. Landesztg. von einem Beamten der Gehaltsklasse F veröffentlichte, sind wahrlich nicht dazu angetan, die Aussichten der Gehaltstarifrevision zu verbessern, ganz im Gegenteil. Es gibt Beamtenkategorien, deren Arbeit vom Staate zu gering bezahlt wird.

Die Arbeiter beispielsweise, die beim Staate beschäftigt sind, mußten sich auch mit weniger begnügen, als sie erhofften und ihre Ansprüche waren gewiß nicht weniger berechtigt, als die der Beamten, die in den letzten Jahren nicht — wie die Arbeiter — leer ausgegangen sind, vielmehr durch Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses eine erhebliche Mehreinnahme zu verzeichnen hatten.

Wir gönnen den Beamten gewiß eine Verbesserung ihrer Lage und werden unsererseits berechtigte Ansprüche nach besten Kräften unterstützen. Aber man darf nicht vergessen, daß die Beamten noch lange nicht die Schlechtgestelltesten in unserem heutigen Staate sind.

Die Schwarzwälder Uhrenindustrie

hat, wie uns aus Triberg berichtet wird, abermals eine schwere Schädigung infolge der Zollpolitik zu verzeichnen. Der durch die Mehrheitsparteien des Reichstags durchgedrückte Zolltarif hat einen Zollkrieg zwischen Deutschland und Kanada zur Folge gehabt, durch den die Schwarzwälder Uhrenindustrie schwer in Mitleidenschaft gezogen wird. Der neue kanadische Zolltarif hat die Zölle für Uhren und Uhrenbestandteile um 5 Proz. erhöht. Dagegen müssen die genannten Waren aus Deutschland infolge des Zollkrieges um ein weiteres Drittel höher verzollt werden, wohingegen englische Uhren 2c. eine Ermäßigung von einem Drittel des kanadischen Tarifs genießen. Demzufolge ist England gegen Deutschland um 60 Prozent besser daran.

Das sind die Folgen der sogen. Heimatspolitik. Wann werden dies die Schwarzwälder begreifen?

Pfarrer Gaisert,

der bekanntlich zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde, befindet sich, wie die Bad. Landesztg. meldet, immer noch in Gündelwangen und er soll täglich die Messe lesen. Die Bad. Landesztg. wundert sich darüber, daß Gaisert, obwohl das Urteil rechtskräftig ist, sich immer noch auf freiem Fuß befindet. Sie schreibt u. a.:

„Diese so verschiedene Behandlung Verurteilter will der Bevölkerung des Schwarzwaldes und wohl des ganzen Landes absolut nicht in den Kopf. Wenn man auch allerwärts mit dem unglückseligen Priester Mitleid hat, wenn man auch annimmt, daß er von außen her zu der für einen Geistlichen absolut unglücklichen Tat suggestiert wurde, so kann man aber nicht begreifen, daß Gaisert nicht da sitzt, wo ein anderer im gleichen Falle längst säße. Will man denn mit Gewalt aus diesem Unglücksraben einen Märtyrer machen?"

Man kann der Bad. Landesztg. hierin nur beipflichten. Wenn man Gaisert auch vom rein menschlichen Standpunkt aus Mitleid entgegenbringen muß, hier handelt es sich zunächst um die Rechtsgleichheit. Jeder andere, sicher jeder Sozialdemokrat würde, falls er unter gleichen Umständen verurteilt worden wäre, längst im Zuchthaus sitzen. Dabei sind die Gründe, die zur Verurteilung Gaiserts geführt haben, erheblich gravierender, als in vielen anderen Fällen, wo Verurteilungen erfolgt sind und die Strafe restlos verbüßt werden mußte. Wir erinnern nur an verschiedene bekannte Meineidsprozesse gegen Angehörige der sozialdemokr. Partei. In welch schreiendem Gegensatz zu dieser Rücksichtnahme gegen einen zu Zuchthaus rechtmäßig verurteilten Geistlichen steht das Vorgehen der Mannheimer Staatsanwaltschaft gegen unseren Genossen Appel wegen eines Fastnachtsscherzes. Wie hart wurden in den letzten Jahren auch in Baden die Streikvergehen bestraft. Wir erinnern uns aber keines Falles, wo man auch nur entfernt eine solche Milde und Rücksichtnahme hätte walten lassen, wie im Falle Gaisert, obwohl sie allermindestens ebenso angebracht gewesen wäre. Das Vertrauen in die Objektivität unserer Gerichtsbarkeit muß schwer erschüttert werden, wenn man solches konstatieren kann, ohne widerlegt werden zu können.

Ein zu Zuchthaus Verurteilter wird sonst nie auf freiem Fuß gelassen, selbst dann nicht, wenn man an seiner Schuld zu zweifeln berechtigten Anlaß hat.

Wahlbetrachtungen.

Grafenhausen. Die Aufregung des Wahlkampfes hat sich nun glücklich gelegt, so daß man in Ruhe überlegen kann, was weiter zu geschehen hat. Mit dem hiesigen Wahlergebnis können wir, wenn man die Kampfesweise unserer Gegner in Betracht zieht, vorerst zufrieden sein. Sind wir doch von 49 Stimmen im Jahre 1903 auf 85 resp. 88 Stimmen angewachsen. Nun aber gilts, das Errungene hochzuhalten und auszubauen. Dazu ist aber unbedingt nötig, daß wir uns fest zusammenschließen, damit wir in den kommenden Kämpfen unseren Gegnern mit Erfolg standhalten können. Eine Filiale des Volksfreund wurde endlich errichtet mit bis jetzt 24 Abonnenten, darunter zwei Wirtschaften (Rheinlust und Prinz Max). Bei einiger Anstrengung können hierin noch bedeutende Fortschritte erzielt werden. Ehrenpflicht aller Gesinnungsgenossen, auch der noch nicht wahlberechtigten, muß es aber sein, in den zu gründenden sozialdemokratischen Verein einzutreten, damit auch unser Ort nicht länger als einer der rückständigsten des 10. Kreises angesehen werden kann.

Ersingen. Auch wir wollen es nicht unterlassen, unserer Freude über das Wahlresultat, das wir bei der letzten Reichstagswahl erzielt haben, Ausdruck zu geben. Wir erhielten bei der Hauptwahl 154 Stimmen, das Zentrum 155, die Liberalen 26. Bei der letzten Landtagswahl hatten wir 136, das Zentrum 164, die Liberalen 12 Stimmen. Wir haben demnach um 18 Stimmen zugenommen, während das Zentrum um 9 Stimmen abgenommen hat. Der Erfolg ist um so größer, wenn man in Betracht zieht, daß vor der Hauptwahl auch nicht eine einzige Wählerversammlung stattgefunden hat. Wir haben freiwillig davon abgesehen, um zu zeigen, daß wir trotzdem unseren Mann stellen werden. Bemerken wollen wir noch, daß in einer hiesigen Zentrumsversammlung ein „großer Redner" das Wort ergriff und unsere Partei auf 40—50 Stimmen eingeschätzt hat, um auch noch mit diesen fertig zu werden. Dieser „bekannte" Herr wird jetzt einsehen lernen, daß er es in Ersingen mit überzeugten Männern zu tun hat, die sich ihre Politik nicht von der Frau, geschweige denn vom Pfarrhof vorschreiben lassen. Zum Schluß sei noch allen, die uns bei der Wahl finanziell unterstützt haben, herzlicher Dank ausgesprochen.

Deutsche Politik.

Wieder ein Opfer der Ausweisungsmethode.

Man schreibt uns aus Chemnitz: Vor dem hiesigen Landgericht hatte sich der 29jährige Handlungsgehilfe Wilhelm Dostal aus Riebnick in Schlesien wegen Diebstahls zu verantworten. D. war bereits fünfmal wegen Diebstahls bestraft, als es ihm glückte, in Berlin in einem der größten Etablissements Stellung zu erhalten. Sein Vorsatz war, nunmehr ein neues Leben zu beginnen; da kam die Polizei und wies ihn wegen seiner Vorstrafen aus Berlin aus. Das Resultat war der Untergang D.s, der nun bereits im November in Nürnberg zu drei Jahren Zuchthaus und in Berlin in diesem Monat zu zwei Jahren zehn Monaten Zuchthaus verurteilt worden ist. Die dreijährige Zuchthausstrafe verbüßt er gegenwärtig, gegen die zweite Verurteilung legte er Revision ein. Jetzt handelt es sich um einen Uhrendiebstahl, den er im Juli 1906 in Chemnitz verübt hat. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von sechs Monaten Zuchthaus.

Auswucherung der Aermsten.

Nach dem Hamburgischen Korrespondenten betrug in Hamburg der Mietbetrag nach Prozenten des Einkommens das folgende:

Einkommen	Mietsbetrag in Prozenten 1882	1891	1901
900— 1200	21,86	24,12	24,67
1200— 1800	18,94	22,22	23,19
1800— 2400	19,50	22,09	21,61
2400— 3000	18,78	20,81	20,53
3000— 3600	17,90	19,15	19,25
3600— 4200	18,37	18,71	18,31
4200— 4800	27,22	17,88	17,36
4800— 6000	18,33	17,71	16,69
6000—12000	16,72	15,12	14,30
12000—30000	12,23	10,38	9,61
30000—60000	8,06	6,21	5,99
60000	8,87	3,05	3,04

Aehnliche Statistiken sind früher schon aus zahlreichen anderen Städten, z. B. Berlin, veröffentlicht worden; sie beweisen, in welch horrender Weise sich gerade bei den ärmsten Schichten der Bevölkerung die Mietspreise erhöht haben, während sie bei der besitzenden Klasse prozentual immer mehr zurückgegangen sind. Während z. B. bei den Angehörigen der besitzenden Klasse mit einem Einkommen von mehr als 12 000 Mk. die Wohnungsmiete ganz bedeutend zurückgegangen ist, hat sie sich für die proletarischen Schichten der Bevölkerung ganz wesentlich erhöht!

Beseitigung der Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens.

Der Elsässer Preiß, Hospitant der Zentrumspartei, hat beim Reichstage einen Antrag eingebracht, die bisherige Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens zu beseitigen und das bisherige freie Reichsland Elsaß-Lothringen als weiteren Staat den Staaten, aus denen das deutsche Reich besteht, hinzuzufügen.

Die Enteignung der Polen.

Das Berliner Tageblatt kündigt an, daß eine gesetzgeberische Aktion bevorstehe, die den Zweck hat, der antipolnischen Ansiedlungskommission das Enteignungsrecht zu verleihen. Die Ansiedlungskommission soll zunächst für allen in polnischen Händen befindlichen Grundbesitz ein Vorkaufsrecht erhalten, ihr soll aber auch für den Fall unverhältnismäßiger Preisforderungen das Enteignungsrecht verliehen werden. Damit gibt die Regierung dem Volke nur ein Rezept, nach dem alle Großgrundbesitzer und Kapitalisten behandelt werden sollten, woher sie aber alsdann das Recht nimmt, die Sozialdemokratie wegen ihrer „Eigentumsfeindlichkeit" anzugreifen, ist nach Gesetzen der Logik nicht erfindlich.

Ausland.

England.

Das Frauenwahlrecht. Charles Dilke hat in Gemeinschaft mit den Genossen Keir Hardie, Bell, Shackleton und anderen einen Gesetzentwurf eingebracht, in welchem folgende Forderungen aufgestellt sind: Alle Männer und Frauen, ob verheiratet oder ledig, erhalten das Stimmrecht für das Parlament und für die lokalen Wahlen, in deren Bezirk sie ihren Wohnsitz haben. Das Sonderrecht der Universitäten, Vertreter ins Parlament zu schicken, wird aufgehoben. Keine Person, ob männlich oder weiblich, kann weder durch Geschlecht noch durch die Verheiratung ihres Rechts, in die parlamentarischen Körperschaften oder in den Gemeinde- oder Grafschaftsrat gewählt zu werden, verlustig gehen, noch kann ihr irgend eine öffentliche Funktion, die sie ausübt, deswegen aberkannt werden. — Es hat sich nunmehr auch eine Anti-Frauenwahlrechtsliga gebildet. Diese hat einen Aufruf an ihre Geschlechtsgenossinnen gerichtet, in dem es heißt: Die Unterzeichneten seien vollauf überzeugt von dem Werte und der Bedeutung der Frauenarbeit im Leben der Nation, besonders was die Erziehung und die Sorge für sie anlange, aber sie protestieren gegen die Gewährung des Wahlrechts an die Frauen (!). Sie befürchten davon nur eine Herabminderung ihres Einflusses in der Sphäre, in welcher die Frau zu wirken habe.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 26. Februar 1907.

Präsident Graf Stolberg macht darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, seinem Beifall im Hause durch Händeklatschen Ausdruck zu geben, und daß die Tribünen sich jeder Beifallsäußerung zu enthalten haben. Das Haus setzt dann die

zweite Lesung des Etats

fort.

Abg. Bebel (Soz.): Nach den Aeußerungen des Reichskanzlers und des Abg. Bassermann erscheint es als das größte Verbrechen eines Bürgerlichen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Aber gerade während des Sozialistengesetzes, als es sich in Frankfurt a. M. darum handelte, einen Sozialdemokraten oder einen Demokraten zu wählen, kam dorthin die Nachricht: Fürst wünscht Sabor! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bismarck hat eben auch die Sozialdemokratie hier im Hause stets objektiv behandelt. (Gelächter.)

Mit der Wahlagitation des Reichskanzlers werden wir uns noch eingehender beschäftigen. Wenn ein Nationalliberaler sich entrüstet, so muß ich immer lächeln. Weiß denn Herr Bassermann nicht, daß im Jahre 1905 die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten in Baden ein Wahlabkommen getroffen haben? (Hört! Hört! im Zentrum.) Weiß Herr Bassermann nicht, daß durch dieses Abkommen zwei meiner Parteigenossen von den Nationalliberalen durchgebracht worden sind? (Stürmisches Hört! Hört! im Zentrum.) Weiß Herr Bassermann denn nicht, daß damals Pfarrer, Reserveoffiziere, Staatsanwälte, Kriegervereine sozialdemokratisch gewählt haben? (Lebhaftes Hört! Hört! im Zentrum.) Auch in diesem Wahlkampf Unsere Parteigenossen haben damals nationalliberal gewählt, um zu verhindern, daß das Zentrum die Mehrheit im badischen Landtag behielt. (Hört! Hört! im eZntrum.) Auch in diesem Wahlkampf ist der Führer der nationalliberalen Partei in Freiburg zu meinem Parteigenossen gekommen und hat gesagt, daß, wenn die Sozialdemokraten in Freiburg den Nationalliberalen wählen würden, er es durchbringen würde, daß in Mainz und Köln der Sozialdemokrat gegen das Zentrum gewählt werde. (Stürmisches Hört! Hört! im Zentrum.) Auch in Frankfurt a. M. sind Liberale an mich herangetreten und haben mir gesagt, daß sie in Mainz und Offenbach dahin wirken würden, daß der Sozialdemokrat gewählt würde, wenn ich dafür sorgen wolle, daß in anderen Orten der Nationalliberale gegen das Zentrum gewählt würde. (Hört! Hört! im Zentrum.) Ein Nationalliberaler mag eben keinen Sozialdemokraten leiden, aber seine Stimme nimmt er gern an.

Wenn wir zeitweise mit dem Zentrum zusammengegangen sind, so haben wir ihm darum jedoch nichts geschenkt. (Zustimmung im Zentrum.) Deshalb steht Ihnen (rechts) das Zentrum doch tau-

tendmal näher als uns. Wir sind hier im Reichstage nach Bedürfnis mit allen möglichen Parteien zusammengegangen, auch mit der konservativen Partei. Was sollen also diese Vorhaltungen? Wir haben uns in den Abstimmungen vor der Auflösung vom Zentrum unterschieden und werden es auch in Zukunft weiter tun.

Wir machen die Kolonialpolitik nicht mit und lassen uns auch nicht durch die Rechnung des Herrn Dernburg dazu überreden. Warum kommt denn dem Kolonialdirektor erst heute seine Liebe für die Kolonien und warum hat er diese Liebe nicht schon als Direktor der Darmstädter Bank? Damals legte er sein Geld in Schottland an. Aber dem Kolonialdirektor hat der liebe Gott bei seiner Berufung nicht nur den kolonialen Verstand, sondern vor allem die koloniale Phantasie verliehen. (Große Heiterkeit.) Der Abgeordnete Bassermann hat gestern Stellen aus den Schriften von Calwer und Bernstein vorgelesen. Wenn Sie diese Herren für maßgebend halten, warum haben Sie diese Herren denn nicht in den Reichstag gewählt? Aber während der Wahl waren sie für Sie nicht maßgebend, da ließen Sie diese Männer gegen Bauernbündler und einen Fürsten Hatzfeldt durchfallen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Zentrum ist Hintertreppenpolitik vorgeworfen worden. Nun, meine Herren Nationalliberalen, haben Sie noch keine Hintertreppenpolitik getrieben? Und wie hat es die Kreuzzeitungspartei vor 50 Jahren getrieben? Damals wurde dazu aufgefordert, dem Prinzen von Preußen, dem späteren deutschen Kaiser, die Briefe zu stehlen. Wie oft sind ja nicht Briefe gestohlen worden. Warum schicken denn die Fürsten ihre Briefe durch geheime Kuriere? Und da wagt es gestern der Reichskanzler, seine Entrüstung über das Stehlen der Flottenvereinsbriefe kundzugeben? (Zustimmung.)

Es ist der Regierungsmaschine gelungen, der Sozialdemokratie eine Reihe von Mandaten zu entreißen und der vielgerühmte „Sieg" hat dann bei der ganzen Bourgeoisie lebhafte Befriedigung erweckt. Der Kaiser von Rußland, von Oesterreich und der König von England, der doch Deutschland sonst nicht so freundlich gesinnt ist, haben dem deutschen Kaiser zu dem Wahlausfall gratuliert. Das heißt doch, daß auch Thron und Altar international sind, was man der Sozialdemokratie immer zum Vorwurf macht. (Heiterkeit.) Die Nationalliberalen machen sich lustig über die Niederlage der Sozialdemokraten. Aber wie ist es ihnen denn ergangen? 1874 hatten sie 152 Mandate, dann sind sie gesunken bis auf einige 40. Jetzt, nachdem sie sich den Konservativen verschrieben haben und ihr ganzer Liberalismus zum Teufel ist, da haben sie glücklich 57. Ihre Lage ist so blamabel, daß ihr Führer in ganz Deutschland herumreisen mußte, um eine Stelle zu suchen, wo er sein Haupt niederlegen konnte. (Stürmische Heiterkeit im Zentrum.) Jedenfalls haben wir immer noch 3¼ Million Stimmen hinter uns und sind fast um eine Million Stimmen der stärksten Partei, dem Zentrum, voraus. (Sehr richtig!) Jeder vierte Wähler ist ein Sozialdemokrat. Der ganze Hottentottenblock hat etwa eine Million Stimmen weniger als die Opposition. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir sind durch den Wahlausfall nicht verzagt. Wir werden alles daran setzen, um die Scharte wieder auszuwetzen und wenn Sie den Kampf nicht fürchten, dann nehmen Sie unsern Antrag an, die Legislaturperiode von 5 auf 3 Jahre herabzusetzen. (Heiterkeit.) Der Wahlkampf war ein offizieller Wahlkampf, wie er seit der Zeit Napoleons III. nicht wieder geführt worden ist. Das Reichskanzleramt, das Reichskolonialamt, das Reichsmarineamt, das Oberkommando der Schutztruppe bis herab zum letzten Nachtwächter und Polizeidiener, alle sind in den Dienst der Regierung getreten gegen die Sozialdemokratie. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und dem Zentrum.) Wenn die Briefe des Bayerischen Kurier echt sind, so muß die große Hälfte der Regierungsmehrheit wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussung nach Hause geschickt werden. (Große Heiterkeit rechts und links.) Es ist in der Thronrede gesagt worden, daß die Sozialdemokratie nicht positiv mitgearbeitet habe. Viele Anträge, die wir früher eingebracht haben, wurden zwar abgelehnt, sind aber mittlerweile, nachdem sie von anderen Parteien aufgenommen worden sind, Gesetz geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Redner geht dann auf die preußische Politik ein, auf das Gesindelrecht, den Bremserlaß, das neue preußische Schulgesetz, das ein Faustschlag ins Gesicht der Kultur sei. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat vor Jahren das Wort geprägt: Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran! Das ist wieder eine objektive Unwahrheit, denn Fürst Bülow ist die Incarnation jedes politischen Stillstandes und Fortschrittes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was in Deutschland ein Hauptmann in Köpenick vollbracht habe, dazu gehöre in Rußland wenigstens ein Oberst. (Heiterkeit.) Von der Rückständigkeit Deutschlands spricht auch, daß in Preußen noch das Dreiklassenwahlrecht bestehe. Warum hat man dieses Wahlrecht noch nicht abgeschafft? Man fürchtet die kulturell reformierende Wirkung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist der Sauerteig, der die ganze Bourgeoisie vorwärts getrieben hat. Wir haben immer positiv mitgearbeitet, und wenn man uns das nicht gestattet, etwas nach unserem Willen zu gestalten, so haben wir wenigstens vieles verhindert. Sie werden auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht einen einzigen Antrag einbringen, den nicht die Sozialdemokratie vor langen Jahren gestellt hat. Ich fordere den Reichskanzler, die Herren vom Bundesrat auf, zu bezeugen, ob es nicht wahr ist, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Kommissionen die Fleißigsten und Sachkundigsten gewesen sind. Weiß der Reichskanzler nicht, daß die Sozialdemokratie für die Caprivischen Handelsverträge gestimmt hat, und daß sie ohne die Sozialdemokratie überhaupt keine Mehrheit gefunden hätten? Selbst Bismarck hat zugestehen müssen, daß die Sozialdemokratie die Urheberin der Arbeiterversicherungsgesetzgebung gewesen ist, und eine urteilsfähigere Person als den Fürsten Bismarck gibt es in dieser Frage wirklich nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Anzahl berühmter Professoren haben unsere sozialpolitische Tätigkeit anerkannt. Frühere Reichstagsmitglieder, die nicht unserer Partei angehörten, haben es uns bezeugt, wie tatkräftig wir in den Kommissionen mitgewirkt haben. Wenn solche Männer uns Anerkennung zollen, so ist das mehr wert, als das Urteil des Herrn Reichskanzler, dem die ganze Sozialpolitik eine terra incognita ist. (Lebhafter Widerspruch.)

Vizepräsident Paasche: Sie dürfen dem Reichskanzler nicht vorwerfen, daß er von einem wichtigen Teil der Gesetzgebung nichts kennt.

Bebel (fortfahrend): Nun, entweder kennt der Reichskanzler die Dinge nicht, dann ist der Passus in der Thronrede verzeihlich, oder er kennt die Dinge, dann ist das Verhalten des Reichskanzlers unverzeihlich.

Redner wendet sich sodann zur auswärtigen Politik. Jetzt heißt es, daß wir korrekte Beziehungen zu allen Mächten unterhalten, während es vor einem Jahre noch ganz anders aussah, und selbst die Nationalliberalen scharfe Töne gegen die auswärtige Politik des Reichskanzlers fanden. Trotzdem jetzt der politische Horizont klar sein soll, stehen neue Forderungen für Militär und Flotte in Aussicht. Jetzt ist die Mehrheit vorhanden, eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer zu schaffen, wenn Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten zusammenstehen. (Zurufe bei den Nationalliberalen: Wir helfen auch mit!) Nun, mir soll es recht sein. Die Freude über einen reuigen Sünder ist größer als über 99 Gerechte. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, mit dem Flottenverein, mit dem „Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie" und dem Kolonialdirektor abzurechnen. Denn was der Kolonialdirektor bei seinen Agitationsreisen alles für Märchen erzählt hat, das geht auf keine Kuhhaut. (Große Heiterkeit.) Unsere ganze Kolonialpolitik war bisher eine Karlchen Miśnick-Politik. In der Thronrede heißt es, die Sozialpolitik solle fortgesetzt werden. Wie paßt denn dazu die Haltung der konservativen Presse, die Haltung des Zentralverbandes der Industriellen und der Wirtschaftsreformer? Wir sehen den Verhandlungen des Reichstages mit Ruhe entgegen. Sie haben jetzt die Mehrheit, Sie können einmal machen, was Sie wollen. Jetzt können Sie Ihren Mittelstand retten, den Sie bereits seit 20 Jahren retten und dem es jetzt schlechter gehen soll, wie je.

Wir verlangen ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht. Wenn der Staat Württemberg mit einem solchen Vereinsrecht auskommen kann, dann kann es das Reich auch. Dann verlangen wir das allgemeine, geheime, gleiche Wahlrecht in den Einzelstaaten. Der Phrasen sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen. (Sehr richtig auf der Rechten.) Wir wollen ein freiheitliches Koalitionsrecht, wir wollen, daß man endlich aufhört, die Arbeiter zu terrorisieren. (Lebhafter Widerspruch, Zurufe rechts: Sie terrorisieren ja!). Wir verlangen ein Reichsberggesetz, damit das Leben der Arbeiter geschützt wird. Wir verlangen Freiheit und gleiche politische Rechte für alle, ohne Ansehen der Person, des Standes und Geschlechts. Wir wollen ein Staatswesen, das auf der Höhe der Kultur steht. Wir wollen, daß Deutschland ein Land werde, das in der Welt geachtet wird. Wir wollen, daß die Macht der Junker gebrochen wird. Das preußische Junkertum ist die reaktionärste Masse, die existiert. Wir wollen vorwärts und darum ist trotz alledem und alledem unser die Zukunft. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Reichskanzler Fürst Bülow erwidert dem Vorredner zunächst, aus amtlichen Fonds sei für Wahlzwecke nicht ein roter Heller geflossen. Er selbst habe sich lediglich interessiert für die Bildung eines Komitees, welches für die Minderheit vom 13. Dez. Geld gesammelt habe. Herr Bebel, so fährt der Kanzler fort, hat ferner gemeint, daß die Sozialdemokraten nur eine reformatorische Tätigkeit entwickeln. Nun, Herr Bebel hat doch in Dresden offen erklärt, daß er nicht ruhen werde, bis dieser Staat und diese Gesellschaftsordnung beseitigt seien. Ist das nur reformatorisch? Er will nicht ruhen, bis die Monarchie beseitigt ist. Nun, meine Herren, die Monarchie ist die Grundlage unserer Verfassung, jeder Staatsmann muß also die Sozialdemokratie bekämpfen. Das hat Fürst Bismarck getan und jeder seiner Nachfolger muß es auch. Die Niederlage der Sozialdemokraten, meine Herren, war zu wohl verdient, einmal weil sie die Strafe war für die vielen vorausgegangenen Großsprechereien. Weiter war die Niederlage verdient wegen der sozialdemokratischen Gesinnungsschnüffelei, wegen eines von ihnen geübten Terrorismus, wie ihn bisher die Welt nicht gesehen hat. Die Niederlage der Sozialdemokratie war auch wohl verdient, weil sie eine Strafe war für ihre ganze Kampfesweise, für eine publizistische Methode, wie sie so brutal die Welt noch kaum gesehen hat. Ich entsinne mich nicht, derartige Rüpeleien gesehen zu haben, wie sie seit Dresden die sozialdemokratische Presse im öffentlichen Leben eingeführt hat. Nicht nur die Armee, sondern alles, was das Vaterland und die Nation anbelangt, wurden in einer solchen Tonart in ihrer Presse behandelt. Die Niederlage ist aber eine gerechte Strafe nicht nur für ihren Klassenkampf, für ihre Gehässigkeiten, ihre Vernichtung anderer, sie war auch wohl verdient durch ihren Terrorismus, durch ihre Einschüchterung und Unterdrückung anderer, durch ihre despotische Allüren.

Ich hoffe, daß die Anhänger unserer Gesellschaftsordnung solchen terroristischen Exzessen ihrerseits künftig die Stirn bieten, daß sie die Freiheit der Bürger gegen solche Exzesse schützen werden. (Lebhafter Beifall.) Die Niederlage, die Sie erlitten, war weiter wohl verdient, weil sie die Strafe war für Ihre ganze Verneinungs- und Nörgel-Politik. Ich selbst hatte ja einmal Hoffnungen gesetzt auf den Revisionismus in Ihrer Partei. (Hört, hört!) Aber da kam Dresden und Ihre Revisionisten klappten zusammen wie Taschenmesser. Ihre Niederlage ist die verdiente Folge auch des unpatriotischen Handelns, in das Sie sich verrannt haben. Nur allein der deutschen Sozialdemokratie fehlt jeder Sinn für nationale Bedürfnisse. In allen anderen Ländern stehen die Sozialdemokraten in großen nationalen Fragen zu ihrem Volk. Der Vorwärts hat sich nicht gescheut, zu schreiben, daß wir an unserem Besitz in Südwestafrika nur festhalten um von dort aus den englischen Besitz zu bedrohen. Das ist eine ungeheuerliche Behauptung, eine niederträchtige Verleumdung, die uns den Verdacht und das Mißtrauen des Auslandes und insbesondere Englands zuziehen muß. Solches Tun ist verwerflich.

Die Bedeutung Ihrer Niederlage sehe ich in zwei Momenten. erstens darin, daß die sozialdemokratische Doktrin widerlegt ist, als sei die Sozialdemokratie eine Naturnotwendigkeit, eine Flut, die unaufhörlich steigen müsse, bis sie alles überschwemmt. Das zweite Moment aber sehe ich darin, daß das Bürgertum aus eigener Kraft unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen Wahlrechts den Sieg erfochten hat. Ein solcher Sieg ist mehr wert, als ein operativer Eingriff und mehr als Medizin. Wir dürfen uns aber nicht auf die Bärenhaut legen, sondern die bürgerlichen Parteien müssen ihre Organisationen, die sie sich jetzt zu dem Wahlkampf geschaffen haben, weiter ausbauen. Unsere Sozialpolitik, in der Deutschland allen Ländern der Welt voraus ist, werden wir weiter fortführen. Ich glaube, daß nach langem schweren Kampf der Tag kommen wird, wo alle Teile einträchtig zusammenwirken werden und wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie der Genesene auf eine Krankheit und wie der Erwachende auf einen bösen Traum. (Reichs... Beifall.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.) erklärt, seine Parteifreunde verlangten Schutz der Arbeitswilligen und ließen sich auch mit dem Wort Polizeistaat nicht schrecken. Es müsse etwas geschehen und nicht nur auf dem Gebiet der Administrative. Seine Partei werde natürlich für das selbständige Kolonialamt ebenso wieder stimmen wie für die Entschädigung der Farmer und die sonstigen dortigen kolonialen Forderungen. Seine Partei rechne darauf, daß ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten nicht abgeschlossen werde, ehe das Urteil des wirtschaftlichen Ausschusses gehört worden sei. Auch der hohe Bankdiskont sei eine ernste Frage. Für die Beamten werde man in weitergehendem Umfange sorgen müssen als es in dem vorliegenden Etat und Ergänzungsetat geschehen sei. Der Redner beschäftigte sich im weiteren in der Hauptsache mit dem Etat.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung. Schluß halb 6 Uhr.

Gemeindezeitung.

Baden-Baden. Zu der von der Bad. Korrespondenz gebrachten, auch den Lesern des Volksfreund bekannten Mitteilung über die geplante Wasserversorgung der Stadt durch Zuführung von Herrenwieser Quellwasser und die dagegen von der Eisenbahndirektion erhobene Einsprache bringt das Badener Tageblatt folgende Bemerkungen, die wir der Ergänzung halber und auch schon aus dem Grunde ebenfalls veröffentlichen, weil sie auch den Anschauungen unserer Badener Parteigenossen und ihrer Vertreter auf dem Rathaus entsprechen. Das Badener Tageblatt schreibt zu den Ausführungen der Badischen Korrespondenz:

Was hier eingangs mitgeteilt wird, ist für die hiesigen Einwohner nichts neues, denn bereits in der Bürgerausschußsitzung vom 4. Februar 1907 wurde nach einem eingehenden Referate des Herrn Bürgermeister Fieser ausführlich über die für unseren Kurort überaus wichtige Frage ausreichender Wasserversorgung gesprochen. Der Schlußsatz obiger Korrespondenz fordert jedoch zu Widerspruch heraus, denn in ihm wird ein Gegensatz konstruiert zwischen dem allgemeinen Wohl und den Interessen unserer Bäder- und Fremdenstadt. Wir neigen der Ansicht zu, daß gerade im Interesse des Gemeinwohls, das hier auf dem Spiele steht, der Stadt Baden keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Wasserversorgung gemacht werden dürften und wir haben das Vertrauen, daß Staat und Regierung sich in ihrem letzten, allerdings in Bälde zu erwartenden Bescheid mehr dieser Auffassung zuwenden werden. Eine Stadt von der Bedeutung Baden-Badens darf mit Recht die weitestgehende Berücksichtigung beanspruchen.

Hiezu möchten wir ergänzend bemerken: Die Lösung der Frage der Wasserversorgung beschäftigt die Badener Bürgerschaft schon seit Jahren und hat bereits zu einem Aufwand von über einer Million geführt, die als verloren betrachtet werden müßte, wenn das Ministerium der jetzt mit einmal auftauchenden Einsprache der Eisenbahndirektion stattgeben würde. Bürgermeister Fieser hat in der betreffenden Bürgerausschußsitzung unter allgemeiner Zustimmung betont, daß man von der Regierung erwarten dürfe, sie werde die vor Jahren gegebenen Zusicherungen nicht zurückziehen, da lediglich die Stadt Baden zu den umfassenden Vorarbeiten veranlaßt hätten. Die Stadt habe ein Recht darauf, daß ihr gegenüber dasjenige Maß von Treue gehalten werde, auf das jedermann schon im gewöhnlichen Leben rechnet.

Diese Ausführungen wurden noch ganz besonders kräftig unterstrichen von den Stadtverordneten H. Koch und Th. Lutz, während der Stadtverordnete Hofapotheker Dr. Rößler meinte, man solle in der Frage den Großherzog gegen seine Regierung mobil machen suchen, eine echt Baden-Badener Idee, die, anstatt sich selbst zu helfen und ihr gutes Recht zu fordern und eventuell dasselbe zu erkämpfen, in ihrer Reaktionärheit nur nach Hilfe von „oben" zu schreien weiß. Auch all den leidigen Vorkommnissen ist die in weiten Kreisen anfänglich vorhanden gewesene Hoffnung, daß durch den Erwerb und die Fassung der Herrenwieser Quelle Baden-Baden auch nach seinem in Aussicht stehenden Einwohnerzuwachs durch die Eingemeindung von Lichtenthal und Oos auf Jahre hinaus mit Wasser hinreichend versorgt sei, ziemlich geschwunden. Und es hängt mit auch damit zusammen, daß sich allmählich inzwischen der Umschwung zugunsten derjenigen Meinung vollzieht, die nach schließlich auch noch die Erstellung eines Wasserwerkes in der Rheinebene ins Auge gefaßt werden muß. Das eine steht jedoch bei allen Einsichtigen fest, daß die Frage der Wasserversorgung, an und für sich schon

Wahlkampf-Aesthetik.

Unter vorstehendem Titel veröffentlicht Ferdinand Avenarius im Kunstwart recht interessante Betrachtungen über die ästhetische Seite der Wahlkämpfe. Da seine Anregungen von allgemeinem Interesse sind, bringen wir sie unsern Lesern auszugsweise zur Kenntnis.

„Politik verdirbt den Charakter!" Diesen Ausspruch läßt Avenarius auf sich beruhen, solange er auf den Diplomaten angewendet bleibt. Er wünscht jedoch dem nachzuspüren, wie das Wahlgeschäft auf das Volk wirkt, und da kommt er denn zu den folgenden Ausführungen:

Während der vergangenen Wochen, den Wochen der Kämpfe, war das gegenseitige Verdächtigen und Diskreditieren so allgemein im Gebrauch, und wurden diese Mittel so ausgiebig verwandt, daß man ruhig sagen kann, alle Parteien, ohne Ausnahme, haben sich diese „beliebten" Mittel dienstbar gemacht. — Ich nehme einmal ein farbloses, nationales Organ für Gebildete zur Hand; es schreibt: „Das Zentrumsblatt führt den politischen Kampf fast ausschließlich mit Beschimpfungen und Verleumdungen. Soweit diese Anwürfe auf uns persönlich spielten, haben wir sie mit einem Fußtritt beiseite geschoben." Ein führendes konservatives Blatt bringt es zu folgendem Erguße: „Die Sozialdemokraten sind eine Verschwörerrotte, eine richtige terroristische Schwefelbande, der selbst die gemeinsten Mittel recht wären, um ihre nichtswürdigen Zwecke zu erreichen." — „Der Freisinn, wie er aus den Spalten des Berliner Tageblatts lieblich duftet, verkuppelt sich schamlos auf offener Gasse mit Nationalliberalen und ähnlichen Reaktionsbrüdern" steht in einer sozialdemokratischen Zeitung zu lesen. „Aber," so wird uns da entgegnet, „bei meiner Partei war doch nur ehrliche Begeisterung, feuriger Eifer, der Fanatismus bei den Gegnern." — Chacun pour soi! Ein jeder für sich! Jeder hat recht — und auch wieder unrecht, indem er die Sache von seinem Standpunkte aus einseitig betrachtet. Aber das ist verzeihlich, denn es sind nur wenige, die in einem Wahlkampfe die einzelnen Momente, die verschiedenen Phasen von mehreren Seiten betrachten, und diese wenigen hören die sachlichen Stimmen aus dem Chaos wie sanftes Glockengetön heraus. Würde ein Fremder einmal von irgend einem Gestirn — nicht von einem Erdenpunkte — dem Wahltreiben zusehen, so würde er glauben, einen Haufen sich bekämpfender, anschimpfender Menschen zu sehen, die jeder dem andern nur den Titel „Lumpen" oder „Troddel" zubilligen.

Nun ist die Sache nicht allein in Deutschland so, sondern wohl an allen Orten unserer Mutter Erde. Das dürfte uns aber doch nicht zurückhalten, zu bessern, wo zu bessern ist; am allerwenigsten aber sollte uns das hindern, dort, wo keine Vorbilder sind, welche zu schaffen. Wenn wir Deutschen das sind, wofür wir uns halten, so ist das eine Mahnung, vor allem an die gebildeten Deutschen, zu bessern, wo zu bessern ist.

Die Begriffe, um die wir im politischen Kampfe ringen, sind uns keine bloßen Begriffe mehr, sondern sie sind uns durch Erziehung und im Streite der Klassen zu hehren Idealen geworden. Das muß wohl so sein, denn nur dadurch ist es möglich, daß dem Kampfe für das als recht Erkannte nicht allein der Verstandesmensch, sondern auch das Herz gehört. Und weil eben auch das Gefühl ein gewichtiges Wörtchen im Kampfe der Parteien mitspricht, ist es verfehlt, den Gegner persönlich zu befehden, eben deshalb sollten wir uns zur Duldung aller gegnerischen Ideen aufschwingen. Es kann uns doch durchaus nichts helfen, und auch keiner Partei förderlich sein, wenn sie den Gegner oder vielmehr die gegnerische Partei als moralisch und intellektuell minderwertig darstellt. Man muß doch stets die Wahrheit gelten lassen, daß alle Ideen ihre zureichenden Gründe haben, ob dieselben nun materieller oder ideeller Natur sind, ist gleichgiltig.

Zweifellos ist es ja ein erhebendes Bewußtsein, sich als erhaben über den Gegner anzusehen — aber dieses Gefühl ist gegenseitig und führte nie zum Ziele. — Vielleicht macht aber gerade das unsere Kämpfe so unfruchtbar, daß wir den Gegner, seine Stärken und Schwächen, so wenig kennen. Und da ist es denn eine hochwichtige Frage! wie informiere ich mich über meine Gegner? — Es ist wohl selbstverständlich, daß man sich diese Informationen nicht in den Zeitungen seiner Partei holen kann; die muß man sich vielmehr in eifrigem Studium erwerben. Es gibt wohl keine Zeitung, die ihre Leser über andere Parteien vorurteilslos unterrichtet, um erst dann mit der Kritik einzusetzen. Und man sollte doch meinen, das wäre der beste Weg zu einer ernsten politischen Erziehung, die auch den Gegner gelten läßt; und doch würde auch wieder durch ein solches Vorgehen nicht ein Gedanke, den man gegen den Gegner ausspielen wollte, wertlos, sondern man würde nur noch besser zielen können, sodaß jeder Schuß ins Schwarze trifft, und fände bei den Lesern auch noch mehr Verständnis.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich veranlaßt gesehen, den Genossen ein „Kämpft sachlich!" zuzurufen. Erfolg hat er nicht viel gehabt, ebensowenig wie etwaige Aufforderungen anderer Parteivorstände. Wir sollten einmal zurückschauen auf Vergangenes und sehen, ob wir aus der Vergangenheit etwas für die Zukunft, für weitere Kämpfe, erwerben können. Die Form des Kampfes ist keine Aeußerlichkeit, sondern eine Aeußerung des Ichs, und es läßt deshalb die Art und Weise des Kampfes einen Rückschluß auf die Sitten unseres Volkes zu. Mit dem persönlichen Kampfe verrohen wir nicht nur die Sitten des Volkes, sondern erschweren uns auch das politische Fortkommen, indem wir das Volk in den Wahn bringen, in dem Gegner nur Niederträchtigkeiten zu bekämpfen.

Glücklicherweise sind wir auf dem Wege, der ästhetischen Betrachtung des politischen Kampfes etwas mehr Interesse zu widmen, und vor allem mehr als nur ein „künstlerisches". Mit der ästhetischen Kultur des Auges sind wir verhältnismäßig am weitesten, die ästhetische Bildung des Ohres und die literarische geht langsamer voran; die Kultur des politischen Lebens aber ist wohl die schwerste. Mögen die Gebildeten aller Stände- und Parteien endlich einmal die Bedeutung der ästhetischen Kultur in der Politik verstehen lernen, mögen sie alle, ob sie nun „Junker", „Pfaffen" oder „Genossen" sind, einsehen, daß sie ein sittliches und praktisches Interesse daran haben!

Soweit Avenarius. Man wird seinen Ausführungen ziemlich zustimmen können, wenn es auch scheinen will, als verlange es von den Gebildeten zuviel. Er verlangt von denselben, daß sie den politischen Kampf so führen, daß sie dem Volke allen als Vorbild dienen können. — Es will uns hierbei jedoch scheinen, als ob die Rolle, die Avenarius den „Gebildeten" zugesprochen wissen möchte, dem Volke gebührte. Gerade unserer Arbeiterschaft würde diese Arbeit zukommen, mehr noch, als den Gebildeten — denn wer soll eigentlich Politik machen? — doch das Volk! Wenn die „Gebildeten" dieses Recht auch für sich in Anspruch genommen haben (sie beherrschen es als Geistes- und Geburtsaristokratie, die es aus den Trümmern des Absolutismus gerettet hat), so sollte dieser Umstand das Volk nicht zurückhalten, seinerseits seine Rechte geltend zu machen. Nur an einer Stelle macht das Volk Politik, oder könnte es Politik machen, und diese Volkspolitik äußert sich in den Wahlen zum Reichstag, wo das Volk einen Einfluß auf die Gestaltung der künftigen Reichspolitik hat. Weil diese Wahlen die einzige Stelle sind, wo das Volk Politik treiben kann, sollte es auch gerade hier die bessere Hand anlegen, deshalb sollten wir gerade bei diesen Wahlen sachlich vorgehen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat dadurch, daß er den Genossen ein „Kämpft sachlich!" zugerufen hat, gezeigt, daß er die Bedeutung, die einem sachlichen Kampfe zukommt, wohl zu schätzen weiß. — Nun kann es unsere Aufgabe nicht sein, nachzuforschen, in wie weit dieser Aufforderung Folge geleistet worden ist.

Wir können uns damit begnügen, festzustellen, daß, wenn unser Kampf stellenweise persönlich geworden ist, die bürgerlichen Parteien in noch stärkerem Maße sich an diesem Unfug beteiligt haben. Bei diesen Wahlen haben sich den „schönen" Spruch: „Der Zweck heiligt die Mittel" wohl alle Parteien zu eigen gemacht, sie variierten nur in dem Maße der Anwendung.

Der Ausgang der diesjährigen Reichstagswahlen sollte uns die Notwendigkeit, daß wir

ches Gemeinwesen von großer Bedeutung, in unserer internationalen Bäderstadt nunmehr so rasch als möglich erledigt werden muß. Und wenn für diese Einsicht die Regierung blind sein sollte, wird ihr der Star schon noch gestochen werden, auch ohne daß man nötig hätte, den Großherzog um seine Assistenz bei dieser Operation anzuwinseln.

Aus der Partei.

Lest den Reichstagsbericht. Er ist eine kleine Nachlese zu den beendeten Reichstagswahlen. Die Arbeiterklasse kann aus den Erklärungen des Reichskanzlers entnehmen, wessen sie sich zu versehen hat.

Genosse Dr. Aug. Winter, hervorragender Agitator und Mitarbeiter der Breslauer Volkswacht, im Jahre 1903 Reichstagskandidat für Beuthen-Tarnowitz, ist nach 2½jährigem Hirn- und Rückenmarkleiden in der Provinzialirrenanstalt in Rybnik gestorben.

Badische Chronik.

Freiburg.

26. Februar.

— **Durch die langandauernde Kälte hat hier die Arbeitslosigkeit in großem Maße um sich gegriffen.** In hunderten von Familien herrscht die bitterste Not, da ein Teil schon zwei und drei Monate arbeitslos ist. Einzelne Unternehmer können es sich nicht versagen, die Not noch zu verschärfen. Man sucht die Arbeitsgelegenheit zurückzuhalten oder man stellt Italiener ein.

Baumeister Bühler stellte in einem Fall ostentativ Italiener ein und zu den Deutschen sagte er: „Ihr könnt einstweilen streiken.“ Auch andere Unternehmer suchen ihre Arbeiter jetzt für ihre Organisationsbestrebungen zu bestrafen. Die Unternehmerfirma Helfmann von Mannheim, welche die Maurerarbeiten am Stadttor ausführt, hatte schon wiederholt Konflikte mit den Arbeitern. Ihre Arbeiter weigerten sich auch, ihre Zustimmung zur Errichtung einer Baukrankenkasse zu geben. Jetzt suchen die Herren, trotzdem in Freiburg 350 zum größten Teil verheiratete Maurer arbeitslos sind, in Italien Maurer. Man will eben ein gefügiges Menschenmaterial haben. Das Streben der Arbeitgeberverbände geht dahin, den Arbeitsmarkt möglichst mit Italienern zu überschwemmen. Die lebhafte Agitation in den Bauarbeitgeberkreisen und die vielen Versammlungen, sowie verschiedene Aeußerungen, die an die Oeffentlichkeit dringen, drängen einem die Vermutung auf, daß dort recht dunkle Pläne geschmiedet werden. Die Aussperrungsgelüste der Unternehmer haben zwar durch den langen Winter auch einen Dämpfer erfahren, denn mancher Meister wartet auch sehnsüchtig auf die Zeit, wo er wieder geregelte Einnahmen hat.

---

* **Weinheim,** 26. Febr. In der Nacht von gestern auf heute erschoß sich in Hemsbach der 64 Jahre alte Handelsmann Simon Oppenheimer.

Heidelberg, 26. Febr. Der 38 Jahre alte ledige Taglöhner Karl Braun von Auringen wollte auf ein mit Steinen beladenes Fuhrwerk während der Fahrt vom linken Vorderrad aus aufsteigen. Er glitt ab und fiel so unglücklich herunter, daß ihm das Vorderrad über den Unterleib fuhr. Kurz nach seiner Verbringung ins Krankenhaus ist Braun seinen Verletzungen erlegen.

* **Werbach** (A. Tauberbischofsheim), 26. Febr. Durch Großfeuer wurden hier fünf Wohnhäuser und neun Scheunen zerstört. Niedergebrannt sind die Anwesen von Sattler Weigand, Landwirt Georg Hörner, Schuhmacher Josef Ehmann, Landwirt S. Meder und Steinhauer Josef Münster, die Scheunen von Landwirt Köbel, Lorenz Spitzner, Edmund Braun und Josef Kuhnmünch. Auch die Feuerwehren der umliegenden Orte waren am Brandplatze tätig. Da keine Wasserleitung hier ist und Wind herrschte, waren die Löscharbeiten sehr erschwert. Das Vieh und die meisten Fahrnisse konnten gerettet werden. Trotzdem ist der Schaden erheblich. Alle Brandbeschädigten mit Ausnahme des Schuhmachers Ehmann sind versichert.

Vermischtes.

Zur holländischen Schiffskatastrophe.

Die holländische Regierung hat die Hebung des Wracks der Berlin angeordnet. Die gesamte Wertpost wird auf rund eine Million Gulden geschätzt. Weiter gingen mit dem Dampfer von einer englischen Firma Diamanten für etwa 16 Millionen Gulden verloren. Für die Herbeischaffung der Wertobjekte sind 100 000 Gulden Belohnung ausgesetzt.

Am Dienstag wurden von den deutschen Opernsängerinnen Fräulein Grünberg und die ältere Schwester von Fräulein Lehmann agnoszziert. Das Befinden der sechs geretteten Damen ist etwas weniger gut. Sie phantasieren und werden nachts von schrecklichen Visionen geplagt. Sie erhalten zahllose Briefe und Telegramme aus allen Ländern.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe,** 27. Februar.

Heute Abend Versammlung des sozialdemokratischen Vereins im Auerhahn. Thema: Die Reichstagswahl und die Sozialdemokratie.

Nur eine halbe Stunde . . .

Für den Volksfreund sollst du, lieber Leser, täglich eine halbe Stunde opfern. Du rufst, ja, das ist mir zuviel, das kann ich nicht. Ich sehe rasch nach dem Leitartikel, nach Badischer Politik, vielleicht auch nach Parteinachrichten, und schließlich nach der Rubrik: Aus der Residenz und nach der Letzten Post und dann lege ich den Volksfreund weg. Ich empfange den Volksfreund, wenn ich zum Mittagessen komme, und da kann ich nur fünf oder höchstens zehn Minuten aufwenden. Um ½2 oder 2 Uhr muß ich wieder in meiner Arbeitsstätte sein und da heißt es rasch allen nötigen Verpflichtungen obliegen. Zumal auch manche gewerkschaftliche Arbeit zu erledigen ist.

Ja, lieber Leser, das erkennt der Volksfreund-Redakteur alles an, und trotzdem fordert er von dir das Opfer einer halben Stunde pro Tag. Er möchte dich daran gewöhnen, den Volksfreund täglich gründlich zu lesen. Er möchte dich vor allem dringend warnen, dich auf das sogen. Nachlesen zu verlassen. Andere Geschäfte nehmen deine Zeit in Anspruch, schließlich haben sich fünf, zehn und mehr Nummern aufgestapelt und du bist einfach nicht mehr imstande, den dir in zehn Nummern gebotenen Lesestoff zeitlich zu bewältigen und geistig zu verdauen. Also: jede Nummer aufmerksam durchlesen. Reicht dir deine Mittagspause nicht aus — was ohne weiteres zuzugeben ist — dann schleunigst nach der Rückkehr von der Arbeit oder nach dem Abendessen nochmals zehn Minuten dafür auf die Zeitrechnung gesetzt und es geht. Du bleibst auf dem Laufenden, die „hohe“ Politik macht dir mehr Vergnügen, weil du nunmehr über alles orientiert bist, es interessieren dich die lokalen Angelegenheiten, du bekümmerst dich allmählich auch um das, was im Unterhaltungsblatt steht und dein Interesse „versteigt“ sich sogar bis zum Feuilleton und zum Kleinen Feuilleton. Allmählich verlierst du die Freude an den öden Biertischgesprächen und du vertiefst dich lieber in deine Zeitung.

Versuche es also, lieber Leser, und vergesse auch nicht, deine Frau oder deine sonstigen Familienangehörigen auf passende Artikel und Notizen des Volksfreund aufmerksam zu machen, und in einem Vierteljahr wirst du sagen, der Volksfreund-Redakteur hat recht! Die tägliche halbe Stunde hat sich für meine geistige Entwicklung gut rentiert.

Lohnbewegung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Infolge des Scheiterns der gestern Abend mit den Buchdruck-Prinzipalen gepflogenen Unterhandlungen veranstaltete die Arbeiterschaft heute Mittwoch Morgen 8 Uhr eine Protestversammlung, in der beschlossen wurde, daß das von den Arbeitern Geforderte das mindeste ist, was verlangt werden muß, und wenn ein Zugeständnis auf die Forderungen abermals bis kommenden Freitag nicht erzielt wird, am Samstag gemeinschaftlich die Kündigung eingereicht wird.

Ueber unsere Elektrische

wurde kürzlich an dieser Stelle schon einmal Beschwerde geführt, und zwar über die zu wenige Verwendung von Anhängewagen, hauptsächlich bei schlechter Witterung, wo doch das Fahrbedürfnis größer ist als sonst. Heute ist es nun ein anderer Mißstand, dem unter allen Umständen von seiten der Direktion abgeholfen werden muß. Es betrifft nämlich den Frühwagen (½7 Uhr morgens) Rheinhafen—Durlach. Mit diesem Wagen fahren fast nur Arbeiter und Arbeiterinnen mit Wochenkarten, teils bis Marktplatz oder Bahnhof usw. Es wäre nun der Wunsch von verschiedenen, daß erstens der Wagen 5 Minuten früher am Rheinhafen abginge und zweitens daß auf dem Marktplatz für Anschluß nach den verschiedenen Richtungen gesorgt würde. Denn was nützt den Wochenkarten-Inhaber der Wagen Rheinhafen—Bahnhof, wenn sie in den seltensten Fällen Gebrauch davon machen können. Entweder, man gebe auch Wochenkarten mit viermaliger Fahrt, bis Marktplatz, oder aber, man sorge dafür, daß Anschluß vorhanden ist. Das ist jedenfalls nur ein billiges Verlangen, dem auch, wenn der gute Wille da ist, und das nehmen wir an, stattgegeben werden kann.

Ein Notschrei

über die Raufereien in Arbeiterkreisen geht uns von einem Parteigenossen zu. In ehrlicher Entrüstung schreibt er: „Am Montag Abend entstand in einer Wirtschaft in Mühlburg eine Schlägerei und vor der Wirtschaft ein Auflauf dadurch, daß Arbeiter (6 Mann) im Alter von 20 bis 22 Jahren in die betreffende Wirtschaft eindrangen. Unter ihnen befand sich ein Arbeiter, dem unlängst die Wirtschaft verboten wurde und zwar wegen unanständigem Benehmen, worauf ihm auch der Wirt die Verabreichung von Getränken verweigerte. Die Unholde drangen nun sämtlich auf den Wirt ein, schlugen mit Stühlen und warfen mit Gläsern nach dessen Frau und Kindern. Zwei organisierte Arbeiter, die diese Ungerechtigkeit mit ansahen, konnten diese Raufbolde nur zur Wirtschaft hinausbringen, indem sie selbst zu Stühlen griffen und mit voller Kraft dreinschlugen, worauf die Burschen die Flucht vorzogen. Sie wurden dann auf die Anzeige des Wirts hin eine halbe Stunde nach dieser Heldentat in sicheren Gewahrsam gebracht.

Es ist eine Schande und eine Schmach für die Arbeiter, daß gerade sie es sind, die sich in solch roher Manier betragen. Ich als organisierter Arbeiter muß diesen Klassengenossen die tiefste Verachtung aussprechen.“

Wir brauchen den treffenden Worten des Einsenders nichts hinzuzufügen, zumal der gestrige Polizeibericht zwei weitere Beiträge zu diesem beklagenswerten Kapitel bringt.

Nr. 1: Am Samstag Abend 9 Uhr geriet in einer Wirtschaft der Kronenstraße ein hiesiger Fuhrknecht mit mehreren Gästen in Streit, wobei er mehrere Stühle, Gläser und Gaslampen zusammenschlug, weshalb er von dem Wirt und den Gästen aus der Wirtschaft gewaltsam entfernt wurde. Hierauf schlug er sämtliche von der Straße aus erreichbaren Fenster dieser Wirtschaft ein und verletzte sich dabei am rechten Unterarm erheblich, indem er einen Schnitt vom Glas bis auf den Knochen erhielt. Er mußte in das städtische Krankenhaus verbracht werden. Auf dem Wege dahin gebärdete er sich wie ein Wahnsinniger, indem er fortwährend heftig um sich schlug. Wegen Ruhestörung, Sachbeschädigung, Beamtenbeleidigung und Widerstand wird er sich zu verantworten haben.

Nr. 2: Am gleichen Abend gegen 11 Uhr entstand in einer Wirtschaft der Durlacherstraße eine Schlägerei zwischen mehreren Burschen von Karlsruhe und Durlach, wobei es blutige Köpfe absetzte und ein lediger Metallschleifer ins städtische Krankenhaus verbracht werden mußte.

— — — — — — — —

Diese drei Berichte sind das Resultat von zwei Tagen: Samstag und Montag. Wir werden nicht rasten und ruhen, bis die öffentliche Brandmarkung diese Roheiten vermindert und allmählich völlig verbannt. Arbeiter haben wirklich wichtigeres zu tun, als sich die Köpfe blutig zu schlagen und später im Gefängnis darüber nachzudenken, „was man doch für ein Esel gewesen ist“!

Wie schützen wir uns vor Lungenschwindsucht?

Im Saale III der Brauerei Schrempp veranstaltete gestern Abend der Naturheilverein Karlsruhe einen Vortragsabend. Der Naturheilkundige Herr Robert Schneider hatte das Referat zu obigem Thema übernommen.

Die lehrreichen Ausführungen des Herrn Schneider gipfelten darin, daß trotz der vielen Bücher und Aufsätze, die schon über diese am Marke der Industriebevölkerung zehrende Krankheit geschrieben wurden, keine positiven Resultate erzielt worden seien. Die Mittel, die Herr Prof. Koch und andere gefunden haben sollen, und die mit großem Pomp in die Welt hinausposaunt wurden, haben versagt. Es wäre überhaupt ein Unding, eine Krankheit, die in den allermeisten Fällen ererbt, und durch jahrelange schlechte Ernährung und verkehrte Lebensweise in einen Menschen hineingepflanzt wurde, einfach durch ein künstliches Mittel wieder hinaustreiben, heilen zu wollen. Die beste und einzig richtige Bekämpfung der Lungenschwindsucht ist ihre Verhütung. Durch zweckmäßige Ernährung von früher Jugend an, durch Zuführung von sauerstoffreicher, reiner Luft, auch in der Nacht während des Schlafes, könne dieser Krankheit am besten entgegengewirkt werden.

Falsch sei auch die Furcht vor der sogenannten Zugluft. Heute wäre die Furcht vor der Zugluft so verbreitet, daß der größte Teil der Menschen sich lieber in stinkiger, verbrauchter und daher ungesunder Luft aufhalte, wie in reiner bewegter Luft. Durch reine Zugluft habe sich noch kein Mensch die Schwindsucht zugezogen.

Der Vortragende gibt sodann eine ausführliche Beschreibung über die Luftwege und Lunge des Menschen Im Anschluß daran warnt Herr Schneider vor der durch Kohlengase, Leuchtgas usw. vergifteten Luft in Schlafräumen; hier könne man nicht vorsichtig genug sein. Mit der Aufforderung, für eine richtig ausgeführte Lungengymnastik in reiner Luft Sorge zu tragen, welches das beste Mittel zur Verhütung von Lungenkrankheiten sei, schloß der Referent seine von den zahlreich erschienenen Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

---

* **Achtung, Arbeiter der Oststadt.** Die organisierten Metzger ersuchen uns, an dieser Stelle mitzuteilen, daß der Sohn des Metzgermeisters Renner, Lachnerstraße, nach Eisenberg als Streikbrecher gegangen ist. Herr Renner wird verstehen, daß dieser Umstand nicht geeignet ist, ihm die Arbeiterkundschaft zu erhalten.

* **Das Mauern in den Wintermonaten.** Das Bezirksamt gibt bekannt: Die allgemeine Wiederaufnahme der Maurerarbeiten wird hiermit unter Aufhebung des Verbots vom 18. Dezember 1906 gestattet. Bei wiedereintretendem Frost sind jedoch die Bestimmungen des § 26 der städtischen Bauordnung genau zu beobachten; ebenso ist auf Anordnung der Baukontrolle vorläufig bei erheblich belastetem Mauerwerk (insbes. Bruchsteinmauern) dem Mörtel noch ein Zementzusatz beizugeben. Durch Frost schadhaft gewordenes Mauerwerk ist zu beseitigen. Vor der Fortsetzung angefangener Bauten ist jedoch der Baukontrolle Anzeige zu erstatten, damit das Erforderliche an Ort und Stelle angeordnet werden kann. Gleichzeitig weisen wir wiederholt auf Beachtung der Verordnung großh. Ministeriums des Innern vom 29. Februar 1904, den Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren betr. (Karlsruher Tageblatt vom 21. April 1904), hin und geben der Erwartung Ausdruck, daß die Beteiligten sich genaue Befolgung der — insbesondere an der Baustelle von den zuständigen Beamten — getroffenen Anordnungen angelegen sein lassen. Ebenso ist dafür Sorge zu tragen, daß Belästigungen des Publikums durch Vornahme der Bauarbeiten tunlichst vermieden und die Gehwege reinlich und gangbar erhalten werden. Die Zufahrten zu den Baustellen sind ebenfalls jederzeit in derart fahrbarem Zustand (durch Unterlegen von Schwellen und dergl.) zu halten, daß eine übermäßige Inanspruchnahme der Zugtiere bei Ab- und Zufuhr von Schutt, Baugrund, Baumaterialien usw. ausgeschlossen ist; Zuwiderhandlungen müßten gegebenenfalls strafrechtliche Verfolgung wegen Tierquälerei nach sich ziehen.

* **Sparkassenbuch-Marder.** Am 23. d. M. morgens verlor ein Bursche ein Sparkassenbuch über ein Guthaben von 60 Mk. und ging sofort auf die städtische Sparkasse, seinen Verlust anzumelden. Als bald darauf ein Taglöhner aus Altlußheim das Guthaben abheben wollte, wurde seine Festnahme sowie die seiner Komplizen, ein Maurer aus Plittersdorf und ein Metzger aus Illingen, die das Buch gefunden und unter sich das erhobene Geld teilen wollten, veranlaßt.

* **Verkehrsstörung.** Gestern Abend, gegen 7 Uhr, wurde von dem von Rüppurr nach Karlsruhe gehenden Abtalzug ein Mast der elektrischen Bahnleitung abgerissen, wodurch der Zug zum Stehen gebracht wurde. Nach etwa einstündiger Störung des Verkehrs konnte die Weiterfahrt wieder aufrecht erhalten werden.

(Fortsetzung im zweiten Blatt.)

Letzte Post.

Der Vorwärts zur Rede Bülows.

Berlin, 27. Febr. Zu der gestrigen Erwiderung Bülows auf die Rede Bebels schreibt der Vorwärts: Was Bülow gegen die Sozialdemokraten vorgebracht, steht fast unter dem geistigen Niveau eines reichsverbändlerischen Durchschnitts-Wanderredners. Der Reichskanzler verschmähte sogar nicht, mit allerhand unwahren Behauptungen gegen die Sozialdemokratie zu operieren. Unsere Intellektuellen, die sich diesmal durch die Dernburgiaden und Kulturkampf-Paukereien des Hottentotten-Blocks haben betören lassen, mögen die Rede Bebels und Bülows nachprüfen. Wenn sie nicht über eine derartige Vertretung des gebildeten Bürgerstandes aus Scham rot werden, so mögen sie auch fernerhin den Herren Bülow und Dernburg ihre Dienste leihen.

Zentrumsanträge im Reichstag.

Berlin, 27. Febr. Das Zentrum hat gestern noch folgende Initiativanträge eingebracht: 1. die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zum Schutze des Wahlgeheimnisses dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die vorsätzliche Verletzung des Wahlgeheimnisses durch Mitglieder des Wahlvorstandes mit Kriminalstrafe bedroht und das Wahlregelment noch ergänzt, 2. den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage periodisch über die internationalen Beziehungen des deutschen Reiches urkundliches Material zukommen zu lassen, 3. die verbündeten Regierungen um Einbringung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, welcher die öffentliche rechtliche Seite des Vereins- und Versammlungsrechtes in freiheitlichem Sinne regelt und insbesondere auch den Frauen die Teilnahme an den sozialpolitischen Bestrebungen in Vereinen und Versammlungen gestattet, 4. einen Gesetzentwurf für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Volksklassen vorzulegen.

Wahlproteste.

Nürnberg, 27. Febr. Gegen die Wahl des freisinnigen Abgeordneten Manz in Erlangen-Fürth wurde gestern von den Sozialdemokraten Protest eingereicht.

Berlin, 27. Febr. Von konservativer Seite ist gegen die Wahl des Abgeordneten Zubeil in Teltow-Beeskow-Charlottenburg Einspruch erhoben worden.

Russische Revolution.

Verluste der Franzosen an den russischen Wertpapieren.

„Was verlieren wir, Franzosen, an den russischen Fonds?“ fragt in der letzten Nummer der La Revue der bekannte Publizist Lysis, der Verfasser einer Reihe von Artikeln unter dem Titel: „Contre Poligarchie finanzière en France“, die in Frankreich großes Aufsehen hervorgerufen haben. Diese Frage zu beantworten, sei nicht allzu schwer. Man brauche nur den jetzigen Kurs der russischen Wertpapiere an der Pariser Börse mit ihrem Emissionspreis zu vergleichen, d. h. damit, was das französische Publikum bei der Emission der russischen Anleihen für die Papiere habe zahlen müssen.

Die 4prozentige Anleihe vom Jahre 1889 wurde zu 86,45 emittiert und wird jetzt mit 75 kotiert; die 4prozentige von 1893 (die fünfte) wurde zu 97,25 emittiert und ist jetzt gleichfalls auf 75 gesunken; die 4prozentige konsolidierte (Nr. 3), zu 97,15 emittiert, kostet jetzt 76; die 4prozentige von 1891 ist von 98,50 auf 75 gesunken, die 3½prozentige (von 1894) von 94,75 auf 68,50 und die 3prozentige vom Jahre 1896 — von 92,30 auf 61,80! — Der durchschnittliche Verlust der Franzosen an diesen sechs genannten Fonds beträgt nach der Berechnung Lysis' 24 Prozent, d. h. fast ein Viertel! „Aber, fügt Lysis hinzu, sehr viele französische Kapitalisten haben die russischen Fonds nicht zu ihrem Emissionspreis angekauft, sondern zu einem sehr hohen Kurs, auf welchen diese Papiere eine Zeit lang gestiegen waren . . .“ „Tatsächlich aber“, sagt Lysis, „wurde die 4prozentige Anleihe vom Jahre 1889 eine Zeit lang an der Börse zu 105 kotiert, die gleiche Anleihe von 1893 zu 107,25 usw. usw. Bei dem Ankauf der russischen Werte zu einem solchen Kurs betragen aber die Verluste 31 Prozent, d. h. fast ein Drittel ihres Wertes.“

Den Gesamtbetrag der russischen Fonds, die in Frankreich untergebracht sind, schätzt man auf 14 Milliarden ein. Daher hat das französische Publikum, an dem jetzigen Kurs der russischen Papiere gemessen, an denselben drei bis vier Milliarden Francs verloren!

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Jugendorganisation.) Mittwoch, 27. Febr., abends halb 9 Uhr, im Auerhahn (Nebenzimmer) Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird gewünscht. 758

Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangverein Bruderbund.) Donnerstag pünkt halb 9 Uhr, Gesangprobe, nach Schluß derselben Sängerversammlung. Vollzähliges Erscheinen erwartet 762 Der Vorstand

Aue bei Durlach. (Sozialdem. Verein) Samstag, 2. März, abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Schwanen Generalversammlung. Tagesordnung im Lokal Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. 753.2

NB. Die ausgeliehenen Bibliothekbücher sind unbedingt mitzubringen.

Waldshut. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 2. März, abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal zum Schefflerhof Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung. 761 Der Vorstand.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

lich kämpfen müssen, doch in sehr zwingender Weise bekannt gemacht haben. Wir müssen sachlich kämpfen, um auch die uns Fernstehenden zu uns heran, in unsere Reihen zu ziehen, und dabei gilt es, seine Trümpfe gegen politisch geschulte Gegner auszuspielen und die Gegner in ihrer Mehrzahl durch die größere Ueberzeugungskraft unserer Ideen zu bekehren. Dabei muß der persönliche Kampf ganz fortfallen, wenn wir uns bemühen, in unseren Gegnern Vertreter eigener Ideen zu sehen, und wenn uns vor allem in unsern Gegnern politisch geschulte Kräfte entgegentreten; wer in diesem Falle den „persönlichen“ Kampf in Anwendung bringen wollte, würde sehr schlecht fahren, er würde sich einfach lächerlich machen. — Damit wäre der Idealzustand, wie ihn Avenarius erstrebt, in greifbare Nähe gerückt. J. K.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angekündigten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volksfreund zu beziehen. Es wird alles prompt ins Haus geliefert; nach auswärts das Porto beizulegen nicht vergessen.)

Militarismus und Antimilitarismus, unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung von Dr. Karl Liebknecht. Preis 1 Mk.

Inhalt. 1. Teil. Militarismus. 1. Kapitel. Allgemeines. Von Wesen und Bedeutung des Militarismus. — Entstehung und Grundlage der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse. — Einiges aus der Geschichte des Militarismus. 2. Kapital. Der kapitalistische Militarismus. Vorbemerkung. „Militarismus nach außen“ Marinismus und Kolonialmilitarismus. — Kriegsmöglichkeiten und Abrüstung. — Proletariat und Krieg. — Grundzüge des „Militarismus nach innen“ und seine Aufgabe. — Heeresverfassung in einigen ausländischen Staaten. — Folgerungen. — Rußland. 3. Kapitel. Mittel und Wirkungen des Militarismus. Das unmittelbare Ziel. — Militaristische Pädagogik. — Soldatenerziehung. — Offiziös- und halbmilitärische Organisation der Zivilbevölkerung. — Sonstige militaristische Beeinflussung der Zivilbevölkerung. — Der Militarismus als Machiavellismus und als politischer Regulator. 4. Kapitel. Besonderes von einigen Hauptsünden des Militarismus. Die Soldatenmißhandlungen oder der Militarismus als Sünder und doch unverbesserlicher Sünder. — Zwei Zwischenfälle. — Die Kosten des Militarismus oder La douloureuse. — Noch eine Zwischenmühle. Die Armee als Werkzeug gegen das Proletariat im wirtschaftlichen Kampf. — Vorbemerkung. — Soldaten als Konkurrenten gegen freie Arbeiter. — Armee und Streikbruch. — Säbel- und Flintenrecht gegen Streiks. — Vorbemerkung. — Italien. — Oesterreich-Ungarn. — Belgien. — Frankreich. — Vereinigte Staaten von Amerika. — Kanada. — Schweiz. — Norwegen. — Deutschland. — Kriegervereine und Streiks. — Die Armee als Werkzeug gegen das Proletariat im politischen Kampf oder das Recht der Kanonen. — Kriegervereine im politischen Kampfe. — Der Militarismus, eine Gefährdung des Friedens. — Die Schwierigkeiten der proletarischen Revolution.

2. Teil. Antimilitarismus. 1. Kapitel Antimilitarismus der alten und der neuen Internationale. 2. Kapitel. Der Antimilitarismus im Auslande unter besonderer Berücksichtigung der Jugendorganisationen. Belgien. — Frankreich. — Italien. — Schweiz. — Oesterreich. — Ungarn. — Holland. — Schweden. — Norwegen. — Dänemark. — Amerika. — Spanien. — Finnland. — Rußland. — Internationale antimilitaristische Organisation. 3. Kapitel. Die Gefahren des Antimilitarismus. 4. Kapitel Antimilitaristische Taktik 1. Taktik gegen den äußeren Militarismus. — 2. Taktik gegen den inneren Militarismus. — 3. Anarchistischer und sozialdemokratischer Antimilitarismus 5. Kapitel. Die Notwendigkeit einer besonderen antimilitaristischen Propaganda. 6. Kapitel. Der Antimilitarismus in Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie. 7. Kapitel. Die antimilitaristischen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.

Humoristisches.

Während die Tante Fahrkarten löst, verschwindet das ihr anvertraute Fritzchen. Große Aufregung und schimpfendes Suchen. Endlich kommt Fritzchen aus einem kleinen Nebengebäude des Bahnhofes. „Wo steckst du,“ fährt ihn die Tante an, „du Lausbub?“ — „Ich bin kein Lausbub,“ entgegnet Fritzchen gekränkt. — „Was denn sonst?“ schreit die Tante. Da wirft sich Fritzchen in die Brust und weist mit stolzer Gebärde auf die Türe, die sich eben hinter ihm geschlossen, und sprachlos liest die Tante: Für Männer!

•

Himmelsstrafen. „I hab' halt Zentrum g'wählt; jetzt weiß i do g'wiß, daß mer heuer koa Kuah verreckt.“

•

Pech. „Denken Sie, der arme Kerl war so dumm, daß er Leutnant werden mußte. Und dann hatte er einen gescheiten Einfall, der ihn beim Militär unmöglich machte.“

•

Trübe Erfahrungen. „Bei euch Männern kennt man sich nie aus. Gestern war ich mit 'm Herrn zusammen, der sah aus wie 'n Defraudant, und schließlich war's bloß 'n Baron.“ (Simpl.)

Sozialdem. Verein Karlsruhe.

Mittwoch den 27. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Auerhahn", Schützenstraße,

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

Vortrag über: „Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie".

Referent: Redakteur A. Weißmann.

Recht zahlreichen Besuch erwartet 735

Der Vorstand.

Gesangverein Bruderbund Karlsruhe.

Sonntag den 3. März, nachmittags 4 Uhr, im Saale der „Drei Linden" in Mühlburg 768

grosses Vokal- u. Instrumentalkonzert

Hierzu laden wir unsere verehrl. Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein.

Eintritt für Herren 30 Pfg., Damen frei.

Der Vorstand.

NB. Nach Schluß des Konzerts gelangt das Theaterstück „Der Finsterwalder Sänger Wiederkehr" zur Aufführung.

Buchhandlung Volksfreund

Luisenstrasse 24.

Der Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung empfehlen wir uns zur Lieferung sämtlicher **Bücher, Zeitschriften, Broschüren u. Bilder.** Besonders machen wir aufmerksam auf

Das Protokoll vom Deutschen Parteitag in Mannheim, brosch. 1.—, kartoniert 1.25, geb. 1.50.
Der Neue Weltkalender 40 Pfg.
Arbeiter-Notizkalender 60 Pfg.
In freien Stunden, geb. Leinen, 3.50, in Heften 10 Pfg. Einbanddecken à 50 Pfg.
Wider die Pfaffenherrschaft von Rosenow in 2 Bd., leinen à 7.—, Halbfr. 8.—, 50 Hefte à 20 Pfg.
Die Hohenzollern-Legende von Maurenbrecher in 2 Bänden, leinen à 7.—, Halbfr. 8.—, 50 Hefte à 20 Pfg., Einbanddecken, leinen 1.—, Halbfr. 2.—.
Blut und Eisen von Hugo Schulz, Gesamtpreis 10.—, in Heften à 20 Pfg.
Neue Zeit, Wochenschrift à 25 Pfg.
Soz. Monatshefte à 50 Pfg.
Alle wissenschaftlich aktuell)
Neue Gesellschaft, Soz. Wochenschrift von Dr. Heinr. Braun und Lili Braun, à 10 Pfg.
Der Wahre Jakob, Süddeutscher Postillion, 14tägig, à 10 Pfg.,
Der Simplizissimus, wöchentlich à 30 Pfg., humoristisch-satirisch.
Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, 14tägig, 10 Pfg.
Der Sumpf, Roman aus Chikagos Schlachthäusern von Upton Sinclair. brosch. 1.80, geb 2.80. 30 Pfg. Porto nach auswärts.
Sozialdemokr. Liederbuch von M. Kegel, Preis 40 Pfg.
Badischer Blitz-Fahrplan 25 Pfg.
Sind unsere Wanderarmen arbeitsscheu? v. T. A. Esche, 25 Pfg.
Gewerkschaften u. Unternehmerverbände von D. Aug. Müller, Preis 30 Pfg.
Kleiner Führer durch die Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung v. J. Fräßdorf, Preis 20 Pfg
Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz, dritte verbesserte Auflage, Preis 25 Pfg.
Das Arbeiterhausbuch, ein Führer durch das öffentliche und private Leben des deutschen Arbeiters, v. Bruno Vogler, Preis 80 Pfg.
Kindersegen u. kein Ende? Ein Wort an denkende Arbeiter von Fr. Brupbecher, Arzt, 9. Auflage. Preis 30 Pfg.
Das Storch-Märchen von Max Benesch, aufrichtige Belehrungen für unsere 14jährigen Mitmenschen. Preis 1.—.
Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen? Ratschläge eines Arztes an die heranreifende Jugend. Preis 20 Pfg.
Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten von Dr. Ernst Gerbert Preis 20 Pfg.
Die Periode, ihre krankhaften Erscheinungen sowie die bei Frauenkrankheiten vorkommenden Blutungen von Dr. Merkle, Frauenarzt in München, Preis 30 Pfg.
Frauenleiden u. deren Verhütung nebst einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft von Dr Zadek, Preis 20 Pfg.
Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche von K. Kautsky. Preis 30 Pfg.
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat, aus dem holländischen Dr. N. van den Brink, röm.-kath. Priester zu Breede (Holl.) Preis 10 Pfg.
Religion ist Privatsache von Fr. Stampfer, Preis 20 Pfg.
Christentum und Sozialismus, eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hochhoff in Hüffe und A. Bebel, Preis 10 Pfg.
Ist Hühnerhaltung gewinnbringend? von J. Schilling, 2. Auflage, Preis 80 Pfg.
Kommunale Arbeiterpolitik v. H. Lindemann, Preis 40 Pfg.
Kommunale Schulpolitik, ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule von Max Quarck, Preis 50 Pfg.
Das kommunale Wahlrecht von Paul Hirsch und Hugo Lindemann, Preis 30 Pfg.
Kommunale Wohnungspolitik v. Paul Hirsch, Preis 50 Pfg.
Steuern u. Gebühren von Hugo Lindemann, Preis 30 Pfg.
Generalstreik und Sozialdemokratie von Henriette Roland-Horst mit einem Vorwort von Kautsky, Preis 1.50.
Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm, Preis 10 Pfg
Zukunftsstaats-Debatten im franz. Parlament, Reden von Jaurès, Vaillant u. Clemenceau. Pr. 10 Pfg.
Aug. Bebel, Akademiker und Sozialismus. Preis 20 Pfg
Ziele und Wege von Ad. Braun, Erläuterungen der Sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen, Pr. 20 Pfg.
Die Grundbedingungen d. Wirtschaftslebens v. Bernstein, Preis 20 Pfg.
Sozialdemokratische Philosophie v. J. Dietzgen, Preis 30 Pfg
Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung v. Paul Kampfmeyer, Preis 50 Pfg.
Wissen ist Macht, Macht ist Wissen von Wilh. Liebknecht. Neue Aufl. Preis 30 Pfg.
Die zehn Gebote u. die besitzende Klasse v. Ad. Hoffmann. 10. Aufl. 91.—100 Tausend. Preis 30 Pfg.
Das neue Landtagswahlrecht, ein Führer durch die bad. Wahlrechts- u. Verfassungsreform v. Emil Eichhorn. Preis 50 Pfg.
Die russische Revolution von Dr. L. Frank. Preis 20 Pfg.
Das kommunistische Manifest mit Vorreden v. Karl Marx u. Friedr. Engels, Preis 20 Pfg.
Sozialdemokratie und Anarchismus v. Wilh. Herzberg. Pr 20 Pfg.
Der Zukunftsstaat von J. Stern, Preis 30 Pfg.
Hand-Atlas d. Reichstagswahlen, 2 Aufl. Von Ernst Pastänier. Preis 30 Pfg.
Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft v. Parvus. Preis 30 Pfg.
Das persönliche Regiment. Reden u. sonstige öffentliche Äußerungen von Wilhelm II. Preis 1.00 Mk.
Aus Theorie und Praxis v. Jean Jaurès, Preis 50 Pfg.
Die Entwicklung z. Sozialismus v. E. Vandervelde. Preis 50 Pfg.
Bilder d. bad. Reichs- u. Landtags-Abgeordneten, als Postkarten, Stck. 10 Pfg.
Z. Erinnerung an Dreesbach, als Postkarte, Stück 10 Pfg.
Einen hübsch. Zimmerschmuck bilden die erschienenen Kunstdrucke (mit. Kupferdruck: Bebel, Liebknecht, Lassalle und Meister. Bildgröße 7,5 : 10,5 cm, Kartongr.: 14 : 21 cm. Preis 20 Pfg.

NB. Eine größere Partie **Freie Stunden, Neue Zeit** und **Soz. Monatshefte** zur Ergänzung älterer Jahrgänge sind noch vorrätig. Bestellungen wolle man adressieren:

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstraße 24.

Sämtliche Broschüren und Werke werden prompt ins Haus geliefert. **Bei Bestellungen nach auswärts wolle man den Betrag in Briefmarken mit Porto einsenden.** D. O.

Konfirmanden-Anzüge

Grösste Auswahl in allen Stoffarten

in verbürgt solider Verarbeitung von Mk. 12.— bis Mk. 48.—

Adolf Stein

Grösstes Bekleidungs-Spezialgeschäft am Platze.

Kaiserstrasse 74, a. Marktpl. Telephon 1772. Kaiserstrasse 74, a. Marktpl.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Streng feste Preise. 751

Antiultramontane Vereinigung

Oeffentl. Versammlung

Freitag, den 1. März, abends 8/4 9 Uhr im großen Saale der **„Eintracht"** (Karl-Friedrichstraße)

Der neue Reichstag

oder

der „Sieg" des Zentrums

Referent: Prof. Dr. **Böhtlingk**

Freie Diskussion. Auch Damen willkommen.

Der Vorstand.

Nummerierte Plätze zu 50 Pfg. in der Bielefeldschen Hofbuchhandlung (am Marktplatz) und abends an der Kasse. Eintritt 20 Pfg. 760

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. E. H. 29 Hamburg.

Filiale Karlsruhe.

Sonntag den 3. März 1907, vormittags 10 Uhr, findet in der Restauration Moritz Lutz, Durlacherstraße 81/83 eine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Vorschlag von 2 Kandidaten zu der am 21. Mai 1907 stattfindenden ordentlichen Generalversammlung zu Weißenburg a. S.
2. Wahl von 4 Beisitzern, die mit dem Bevollmächtigten der Filiale das Wahlkomitee bilden
3. Besprechung über eventuelle Anträge zu dieser Generalversammlung.

Karlsruhe, den 28. Februar 1907. 787

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Verein Pforzheim.

Am Mittwoch den 6. März, abends punkt 8 Uhr, im Lokal zum „Tivoli" 629

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahlen
4. Abrechnung von der Sylvesterfeier.
5. Anträge.

Anträge müssen spätestens am 3. März zu Händen des Vorsitzenden, Waisenhausplatz 8, eingereicht sein.

Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen.

Der Vorstand.

Achtung!

Zur Bereitung eines vorzüglichen Glühweines gegen die Influenza offeriert als Ausnahme-Tage von Dienstag den 26. Februar bis Samstag den 2. März meinen prima

Rotwein

von **45 Pfg.** per Liter an 747

Span. Weinhandlung von Pablo Vidal

Rüppurrerstr. 14.

Rheinstrasse 45, Durlacherstr. 38.

Kaiserstr. 109 **Möbel-Haus** Kaiserstr. 109

Holz & Weglein

hält sich bei Bedarf von 780

Möbeln jeglicher Art

Ganze Einrichtungen sowie einzelne Gegenstände in bekannt nur guten Qualitäten, bestens empfohlen.

Man achte auf Firma und Haus-No. Telephon No. 1348.

Lieferungen nach auswärts franko. — Preis-Aufstellungen zu Diensten.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Juli 1906 unter **Nr. 14 177** bis mit **Nr. 16 285** ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens **6. März 1907** auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 788

Karlsruhe den 25. Februar 1907.

Städt. Pfandleihkasse.

Umbau von Gießwagen.

Der Umbau zweier Gießwagen soll im Wege des öffentlichen Wettbewerbs vergeben werden.

Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vordrucke, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift spätestens **Mittwoch den 6. März d. Js., vormittags 10 Uhr,** bei uns einzureichen.

Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer Nr. 180 zur Einsicht auf. Ebenda werden auch die Angebotsformulare abgegeben.

Angebote auswärtiger Unternehmer können bei der Vergebung nicht berücksichtigt werden. 748

Karlsruhe den 28. Februar 1907.

Städt. Tiefbauamt.

Schuhwarenhaus!

Zur 760

Konfirmation und Kommunion

empfehle:

Mädchen- u. Knabenstiefel in **Boxcalf, Chevreaux** u. **Wichsleder,** in großer Auswahl, bei **billigsten Preisen;** ferner für **Damen** u. **Herren Chevreaux-** und **Boxcalf Schnür-, Knopf-** u. **Zugstiefel. Goodyear-Welt** und durchgenäht.

Großen Posten **Wichsleder-Herren-Schnürstiefel** und **Zugstiefel;**

auch mache auf meine so sehr beliebten Wichsleder

Schulstiefel

aufmerksam.

Schuhwarenhaus David

Zur goldenen 16.

16. Markgrafenstraße 16.

Beleidigungszurücknahme.

Unterzeichneter nimmt die Aeußerung, die er bei Maurerpolier Jakob Ruhland in Grötzingen gegen den Maurer Gustav Daubenberger in Söllingen betr. hausgemachte Würste und Most bei der Reichstagswahl gemacht hat, als unwahr zurück. 755

Grötzingen den 26 Febr. 1907.

Aug. Dopf sen., Maurer.

Küchenmädchen

gesucht.

Zwei tüchtige Mädchen können sofort eintreten bei einem Monatslohn von 20—25 Mk., je nach Leistung. Fahrgeld wird vergütet beim Eintritt.

Gregor Dreher, Kronenbräu, Georg-Friedrichstraße 1, Karlsruhe. 752

Schwarzwälder Hof,

Ecke Luisen- und Marienstraße.

Heute sowie jeden Mittwoch **Schlacht-Fest**

wozu höflichst einladet 4744

Georg Bender.

Bettfedern,

komplette Betten empfiehlt als Gelegenheitskauf, in gutgereinigter Ware und neuen Bezügen, außerordentlich billig.

Dampfbettfederreinigung.

Sebastian Münch,

Tapezier, **Hirschstrasse 28.**

An- u. Verkauf von Bettfedern, Rosshaar, kompletten Betten. Umarbeiten und Neuanfertigung. 754

Teilzahlungen gestattet.

Tüchtiger

Westen-Schneider

auf eigene Werkstatt bei 1. Tarif u. freien Fournituren gesucht. 757

Gebrüder Geisler,

Bruchsal.

Stellen finden:

Mädchen jeder Art, gute Stellen hoher Lohn. Auch suche Kellnerinnen 1. u. 2. Ranges. 767

Frau Kuppinger,

Kaiserstraße 45, 3. St.

Möbel.

Alle Sorten **Holz-** und **Polstermöbel,** vollständige Betten, Spiegel, Stühle, Bilder, Klappstühle, Kinderwagen, Sportwagen 2c. kauft man gut und billig bei

Karl Epple

in Firma Karlsruher Möbelhalle

Kaiserstraße 23.

Zeichen-Utensilien

aller Art,

Reißzeuge, Reißbretter Lineale, Winkel usw.

liefert billigst 668

A. Herm. Raabe

42 Bahnhofstrasse 42.

An- u. Verkauf

fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe u. Stiefel aber nur gute Sachen.

Frau **Bertha Sprockhuss,**

Brunnenstr. 5, Eing. Durlacherstr.

Vergebung v. Materialien.

Die Lieferung nachstehender Materialien für das Jahr 1907 soll im Ganzen oder geteilt öffentlich vergeben werden

Es sind dies:

ca. 2000	Kg.	Petroleum
„ 1000	„	Benzin
„ 300	„	Leinölfirnis
„ 800	„	Terpentinöl
„ 1000	„	Bleiweiß
„ 8000	„	Putzlappen
„ 2000	„	bunte Putzwolle
„ 1000	„	weiße Putzwolle.

Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare sind auf unserem Geschäftszimmer erhältlich, woselbst Proben aufliegen. 646

Angebote sind unter Vorlage von Gegenmustern und mit der Aufschrift „Angebot, die Lieferung von Materialien betreffend" versehen, bis zum **8. März d. J., vormittags 10 Uhr,** auf unserem Geschäftszimmer, Tullastr. 71, einzureichen.

Karlsruhe den 18. Febr. 1907.

Städt. Straßenbahnamt.

Arbeiterfrauen!

bezieht Euch bei Einkäufen stets auf den **„Volksfreund".**

Kleine Anzeigen.

1mal im Monat f. Abonn gratis.

Luisenstr. 41, Hth 2. St., ist ein einfach möbl. Zimmer an 2 sol. Arbeiter auf 1. März zu vermieten.

Rintheimerstr. 32, 4. St., ist ein freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten.

Rudolfstr. 9, Hth. 4. St., ist eine gute Schlafstelle an soliden Arbeiter zu vermieten.

Uhlandstr. 2, 3. St. r., Ecke Kaiser-Allee ist gut möbl. Zimmer mit 2 Betten an 2 anständ. Herren auf 1. März oder später zu vermieten.

Jähringerstr. 50, 5. St., Freiburg, ist ein schönes heizbares Zimmer an organ. Arbeiter zu verm.

Brautkränze, Bilder, Photographien 2c. werden staubdicht u. billig eingerahmt von **G. Hinte,** Beiertheim.

Handwagen 4rädrig, als Marktwagen geeignet, zu verkaufen. Scherrstr. 8, 1. St. r.

B-Trompete fast neu, billig zu verkaufen. Friedrichstr. 25, Hth. 1. St., Offenburg.

Sportwagen gut erhalten, billig zu verkaufen. Auch wird für 2 Stunden vormittags Beschäftigung gesucht. 754

50 Mk. gesucht bei monatlicher Abzahlung. Rückzahlung 60 Mk. Sicherheit. Off. an die Exped.

Strickarbeiten werden b. billiger Berechng. angenommen. **Eisenbahnstr. 10,** 2. St. l. 740.3